

trägerbranche beschäftigt dort über 150 weibliche Arbeitskräfte. Ferner ist im Wuppertal die Textilindustrie aufnahmefähig für weiblichen Überfluß, wo anders ist es wieder die Tabak- oder die Nahrungsmittelindustrie. Diese Lage und Entwicklung im Industriegebiet erfordert unsere größte Aufmerksamkeit, aber verflüchtigen wir nicht die Augen vor den Tatsachen. Die Spezialisierung im Beruf führt zur Teilarbeit und damit zu vermehrter Beschäftigung ungelerner und ungelerner Arbeitskräfte. Sich dem entgegenzusetzen, würde eine unnütze Verschwendung von Kraft bedeuten, die wir besser anwenden können zur Organisierung dieser berufsfremden Elemente; nur ein starker Verband kann bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen und die Jugend vor Ausbeutung schützen.

Bereits wären andere Schlussfolgerungen. Nicht gegen, sondern mit der wirtschaftlichen Entwicklung müssen wir gehen. Dabei haben wir nur darauf zu sehen, daß nicht nur allein die Jugend in diesem harten Ringen um die Existenz. Und das „mit“ bedeutet hier nicht die Mitgliedschaft des Verbandes oder die Zugehörigkeit zum Beruf, sondern allgemein die Arbeiterkraft als Klasse. Diese Allgemeinheit will leben, aber wünscht Arbeit und Existenz; der Verbands- oder Berufsegoismus kann in solchen Betrachtungen keinen Raum finden. Wer ausgeschlossen ist aus der Produktion, der hat schwer zu tragen. Das Ergebnis der Produktion darf nicht einer Klasse allein zugunsten kommen, wir haben den Kampf darum zu führen, daß der Gesamtheit das Leben ermöglicht wird. So muß sich die gewerkschaftliche Solidarität immer betonen.

Durch die Spezialisierung in der Produktion, durch erzwungene Teilarbeit sowie durch verbesserte technische und rationelle Betriebsführung tritt eine Verdrängung im Gewerbe ein zwischen Facharbeitern und ungelerten oder angelernten Kräften. Die weitere Entwicklung der Berufsverhältnisse zwingt den Verband zur größten Vorhut auf dem Gebiete des Lehrlingswesens. Sind die vorgenannten wirtschaftspolitischen Erwägungen im allgemeinen auch hier zuzugreifen, so treten dabei berufspolitische Momente erheblich stärker in den Vordergrund. Hier handelt es sich nicht um Arbeitskraft schlechthin, sondern um einen gewerblichen Nachwuchs, von dessen fachlicher Ausbildung Nutzen oder Schaden für das ganze Gewerbe abhängt.

Wie wir gesehen, ändert sich die Berufsfrage durch fortschreitende Teilarbeit; für den Facharbeiter wird die Berufsfrage schärfer. Auch sonst hat sich das Berufsleben wirtschaftlich verschoben. Die Verminderung des Heeres aus dem Gebiete seines früheren Bestandes erbringt den Militärstatler. Reit- und Jagdiere werden ersetzt durch das Auto; der Geldstrafarbeiter als Fach- und Qualitätsarbeiter und ebenso der Wagenstatler müssen sich anpassen oder umfließen auf den Auto- und Kraftfahrzeugbau. Überdies wird auch hier der Facharbeiter benötigt, aber in geringerer Menge als früher; infolge der großen Umgruppierungen ist das Angebot auch überaus reichlich. Verlorengangener Auslandsmarkt und geschwächte Kaufkraft auf dem Inlandsmarkt brachten große Störung für die Lederwarenindustrie. Hier hatte die Inflationsperiode eine starke Aufblähung des ganzen Produktionsapparates gebracht, die Industrie ist heute stark überflutet an Arbeitskräften und an Betrieben. Den sogenannten Luxusergänzungen des Tapezierer-, Polsterer- und Dekorationsgewerbes fehlt der Absatz. Das Gewerbe ist außerordentlich abhängig von der allgemeinen Wirtschaftslage, also von der Kaufkraft auf dem Inlandsmarkt und vom Baumarkt. Die billige Hartware (Matratzen, Sofa) findet heute keinen Käufer. An zwei Millionen Erwerbstätige fallen aus als hauptsächlichste Käufer dieser Produkte. Die außerordentlichen Preise haben sich zur Inflationszeit reichlich eingebettet und beschränken sich gegenwärtig auf das Notwendigste. Dem Baumarkt fehlt jeder gesunde Anreiz zum Wohnungsbau trotz vorliegendem großen Bedarfs. Die auf Inneneinrichtung eingesetzten Firmen unseres Gewerbes arbeiten deshalb stark eingeschränkt. Am Jahresabschluss 1925 waren 25,3 Proz. unserer Verbandmitglieder arbeitslos, außerdem rund 11.000 Kurzarbeiter, von denen wieder über 10.000 Personen wöchentlich 17 und mehr Arbeitsstunden und Verdienst einbüßen mußten. Nur sehr große Optimalen wegen auf baldige Wiedereintritt normaler Produktionsverhältnisse zu hoffen.

Diese Dinge sind zu beachten. Der tatsächliche Nachwuchs muß in einem erträglichen Verhältnis zum Bedarf an Facharbeitern stehen. Unfinn ist es, in dreijähriger Lehrzeit in ungelerteter Form Facharbeiter auszubilden zu wollen, wenn der Bedarf an Facharbeitern sinkt und die ungelertete Arbeiterschaft an Bedeutung gewinnt. Nach dreijähriger Lehrzeit muß der Beruf auch einigermaßen Aussicht auf Befähigung als Facharbeiter bieten können. Soll man dann zum Teilarbeiter werden, hätte man einen kürzeren und billigeren Weg finden können. Tatsächlich kommt es häufig genug vor, daß ein dreijähriger Lehrgang kaum einen brauchbaren Teilarbeiter ergibt, und oft liegt die Schuld nur am Lehrmeister. Wir fordern Nachprüfung der Ausbildungsbedürfnisse und Kontrolle während der dreijährigen Lehrzeit durch Zwischenprüfungen, um die Ausnutzung der Lehrlinge und Heranzüchtung von Fischern zu unterbinden. Die Erziehung gewisser Meisterkinder darf sich unter keinen Umständen auf die Lehrlingshaltung gründen. Das Lehrlingswesen ist eine Angelegenheit des gesamten Gewerbes und nicht des Handwerksmeisters allein. Wir wollen als Arbeitnehmer dabei mitwirken und wir werden uns durchsetzen. Wer uns hindern will, die Wünsche an Lehrlingswesen zu beschneiden, wird uns bereit finden zu jedem Kampfe. Mit unseren Absichten wollen wir der Jugend dienen, deshalb unsere Forderung auf Regelung des Lehrlingswesens mit unserer Mitwirkung.

Die Lehrlingshaltung im Beruf wird beleuchtet durch einige Zahlen. Die statistische Erhebung des Verbandes am Jahresende 1925 gibt für die sechs Fachgruppen folgende Zahlen für Rheinland und Westfalen bekannt: Von 1717 festgestellten Betrieben waren 913 Kleinbetriebe. Von 5563 Beschäftigten (4400 männliche, 1079 weibliche) waren 600 Lehrlinge = 10,6 Proz. der Beschäftigten. Auf 3100 Arbeitskräfte im Sattler- und Polsterer-, Dekorations-, Tischler- und Fahrzeugbetriebe entfallen 350 Lehrlinge = 11,3 Proz. der Beschäftigten. Im Tapezierer- und Dekorationsgewerbe werden 2478 Arbeitskräfte angegeben und

520 Lehrlinge oder 10,0 Proz. der Beschäftigten. In letzter Zeit ist die Lehrlingskommission der Düsseldorf-Verbandsstelle bemüht, einwandfreie Unterlagen für die Lehrlingshaltung zu bekommen.

Soweit solches bis heute vorliegt, glauben wir den Schluß ziehen zu dürfen, daß die vorstehenden Zahlen weit überhöht werden, weniger bezüglich der angegebenen Arbeitskräfte in den Berufsgruppen als vielmehr in der Lehrlingshaltung. In den Berufsschulen nachstehender Städte und Landkreise werden folgende Lehrlingsziffern unseres Gewerbes geführt:

Einwohnerzahl	Stadt ab Landkreis	Sattler- und Polsterer- Lehrlinge	Tapezierer- Lehrlinge	Polsterer- Dekorations- Lehrlinge
429.000	Düsseldorf Stadt	88	117	
110.000	Düsseldorf Landkreis	16	18	
512.000	Essen Stadt	26	32	
150.000	Essen Landkreis	10	8	
380.000	Elberfeld u. Barmen	27	65	
	Gewerbliche Berufsschulen für Mädchen in Oberfeld	28	3	
		28	3	
		164	211	

Die neun Gardinebinderinnen sind in Gardinewerkstätten tätig. Diese abgemerkt, bleiben immer noch 400 Lehrlinge in diesen vier Städten nebst zwei Landkreisen. Denken wir an die Lehrlingshaltung in Oerlen und im ganzen übrigen Rheinland, so ist anzunehmen, daß im Rheinland allein mehr Lehrlinge ausgebildet werden, als die Verbandsstatistik für Rheinland und Westfalen zusammen aufweist. Wir sind bemüht, bis zum Verbandstag noch weiteres Material zu bringen. Ist hier nicht überhaupt ein Weg gezeigt, durch die Berufsschulen genaue Angaben über den gewerblichen Nachwuchs zu erreichen, vielleicht über die Gewerkschaften? Mit den wahren Zahlen der Berufs- und Fortbildungsschulen bekommt die Nachwuchsfrage ein ganz anderes Gesicht, auf ganz andere

Einigkeit macht stark!

Nur Einigkeit macht stark, die mußt du hegen, pflegen, vollere Treue!
 Dann wird sie groß und mächtig, wird Solidarität, gibt
 so dem Dolche edle Weisheit!
 Dann wird kein Sturm der Zeit, so wild er braust, mit
 allen seinen Tücken,
 Was wir gemeinsam aufgerichtet und gebaut, imstande sein,
 zu brechen und zu sinken.
 Zu Anfang war es eine kleine Schar, die einig trug der
 Kämpfe Last und Schwere.
 Sie mehrte sich, sie trug die Last und wuchs heran
 zu einem starken Heere.
 Wie unsere Allen hegen, pflegen diesen Fort, trotz aller
 Hindernisse, frei und unangewandt.
 So möge nie Derrast und solches Wort absprenglich machen
 vom Verband den Nachwuchs; unsere Jungen!

Verhältnisse muß sich der Verband einstellen. Heute rechnet man schon den Ausfall an Lehrlingen aus für die Jahre 1929 bis 1933, hervorgerufen durch den Geburtenrückgang der Kriegsjahre. Die Zahl der Schulabgänger wird dann sinken bis auf 80 Proz. der Normalzahl. Dem drohenden Facharbeitermangel soll begegnet werden durch vermehrte Lehrlingsaufnahme in diesem und den nächsten Jahren. An unserem Beispiel gemessen dürften wir heute schon im Gewerbe sehr vorzuleide viele Lücken ausgefüllt haben. In obigem Falle beträgt die Lehrlingszahl zur Zahl der Beschäftigten etwa 25 Proz.

In solchem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß wir auch unsere Aufmerksamkeit auf die Schulausbildung der Lehrlinge, auf Lehrplan und Lehrkräfte an den Berufs- und Fachschulen der Städte zu richten haben. Nicht minder wichtig ist es, Fühlung zu halten mit dem Berufsamt; die Fragen der Berufsberatung, Eignungsprüfung und Berufsaussicht erfordern volle Beachtung. Erfolgreich wäre, wenn der Verbandstag die fernere systematische Bearbeitung der ganzen Angelegenheit beschließen und die Presse sich ebenfalls auf die Befange der gewerblichen Jugend mehr einstellen würde.

Die Lehrlingskommission der Städt. Düsseldorf.

Statistische Feststellungen über russische wirtschaftliche Verhältnisse durch die Regierung.

Die russische Wirtschaft scheint von den Behörden sehr eingehend beobachtet zu werden und wird, wie wir einem Bericht im „Berliner Tageblatt“ vom 20. März entnehmen, auch sehr objektiv dargestellt.

Ueber die Lage in der Landwirtschaft und Industrie wird darüber folgendes berichtet:
 Zunächst — wie verhält es sich mit dem Verbrauch der inländischen Produktion (90 Proz. der Gesamtbevölkerung); deuten die entsprechenden Angaben auf eine Zunahme der nationalen Wohlstandsbildung hin? Der Verbrauch von Metallwaren, Textilien, Zucker und sonstigen Verbrauchsgegenständen erreicht bisher schätzungsweise kaum die Hälfte von 1913, und der war schon sehr gering im Vergleich mit westeuropäischen Verhältnissen. Aber der Verbrauch ist im Steigen begriffen, und die industrielle Erzeugung ist zurzeit nicht imstande, den Bedarf zu befriedigen, trotz erheblicher Zunahme ihrer Produktionskraft. Verglichen mit dem Vorjahr, hat z. B. die Erzeugung von Wägen (eisenern und hölzernen) im Operationsjahr 1924/25 von 145.764 Stück auf 540.598, also mit 370 Proz., die von Senfen von 767.697 auf rund zwei Millionen Stück, d. h. mit 260 Proz., die von Nähmaschinen von 13.440 auf 45.603, d. h. mit 339 Proz., die von Gummiwaren von 6,2 Millionen auf 15,7 Millionen

— mit 254 Proz., die von Papier von 117.863 Tonnen auf 210.738 Tonnen — 179 Proz. zugenommen. Die Steigerung von einem Jahr zum andern erscheint nicht so bedeutend, die absoluten Zahlen sind aber recht niedrig für eine Bevölkerung von 130 Millionen. Gleichzeitig mit der Produktionssteigerung hat eine Preissteigerung der Industrieprodukte stattgefunden, wodurch die Bedarfsbefriedigung der Bauern verflärt werden kann. — zumal die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse in derselben Zeit eine Heraussetzung erfahren haben. Die „Erdeneröffnung“, d. h. das Verhältnis der Preise von Agrarerzeugnissen zu denen der Industrie, ist geringer geworden, und zwar 13 Proz. in der Zeit vom 1. November 1924 bis 1. November 1925 (Kleinhandelspreise). Man kann daher annehmen, daß die industrielle Erzeugung reiflos von der bäuerlichen Bevölkerung aufgenommen werden wird, ja daß die industrielle Produktion, besonders in Anbetracht der guten Ernte, künftig nicht ausreicht, um den Bedarf zu befriedigen.

Sämtliche Preise liegen noch erheblich über dem Vorkriegsstand. Der Kleinhandelspreis für Industrieprodukte betrug am 1. November 1925: 2,44 (1913 = 1) und für landwirtschaftliche Erzeugnisse 1,91. Auf das Verhältnis dieser beiden Preiskategorien vermag aber die Regierung einzuwirken, weil sie fast die ganze Großproduktion in Händen hat und bei weitem der bedeutendste Käufer von Getreide ist: im Oktober 1925 hat sie 41,6 Proz. der insgesamt verarbeiteten Menge gekauft, wogegen der Privathandel nur 22,1 Proz., die Genossenschaften 17,5 Prozentige Abnehmer 18,8 Proz. abnahmen.

Auf dem Lande macht sich der Mangel an Getreide und lebendem Anzeiger noch immer sehr stark fühlbar. Die Zahl der Bauernwirtschaften, die kein einziges Arbeitspferd besitzen, muß sehr groß sein, denn 1924 zählte man insgesamt 17.521.000 Arbeitspferde (gegen 24.147.000 = 1913), während die Zahl der Bauernwirtschaften 22 Millionen betrug. Danach hätten 1924 mindestens 25 Proz. aller Bauernwirtschaften kein einziges Arbeitspferd, wenn man annimmt, daß von den übrigen Wirtschaften 75 Proz. nur ein Pferd hatten; tatsächlich belaufen manche aber auch zwei und drei Pferde, so daß der Prozentfuß der pferdelosen Bauern wohl noch erheblich größer war — ein deutliches Zeichen der Armut des Landes, selbst wenn man berücksichtigt, daß in der Ukraine zum Teil mit Ochsen geackert wird und hier und da Traktoren in Benutzung sein mögen.

Mit dieser Tatsache stehen die statistischen Angaben der Regierung, wonach u. a. im Jahre 1924 die Anbaufläche für sämtliche Feld- und Gartenbaukulturen 89,7 Proz. der Vorkriegszeit (1913) bereits erreicht haben soll, in einem untröstlichen Widerspruch. Ohne tierische Zugkraft kann man in Russland nicht weiterbauen, treiben, es ist somit unverständlich, wie der verhältnismäßig hohe Prozentfuß der Anbaufläche erreicht sein soll, wenn 25 Prozent aller Bauernwirtschaften kein Arbeitspferd haben.

Was die weitere Entwicklung der russischen Wirtschaft anbelangt, so sind in dieser Beziehung die sogenannten „Kontrollziffern der Volkswirtschaft der Union“ für 1925/26 von Interesse. Das ist ein Bericht der Regierung, auf Grund von statistischen Ergebnissen der vorletzten Jahre zum erstenmal einen Plan der gesamten Volkswirtschaft für ein Wirtschaftsjahr im voraus aufzustellen. Danach soll im Jahre 1925/26 der Ackerbau 79 Proz. der Vorkriegserzeugung, die Industrie ebenfalls 79 Proz. der Menge nach erreichen. In absoluten Zahlen für die Haupterzeugnisse stellt sich das so dar: 1913 5.667,1 Millionen Rub (1 Rub = 16,2 Kilogramm), 1924/25 9.165,1 Millionen Rub und 1925/26 4.700,0 Millionen Rub. Für die Exporterzeugnisse sind aber nicht so sehr diese Zahlen, wie die Schätzungen der landwirtschaftlichen Produktion für den Markt (ohne den sogenannten innerbäuerlichen Markt) maßgebend. Danach betragen die Mengen der Haupterzeugnisse für 1913 11.800,0 Millionen Rub, 1924/25 411,0 Millionen Rub, 1925/26 949,4 Millionen Rub. Das macht für 1925/26, im Vorkriegspreisen berechnet, 70,4 Proz. von 1913. Ob dieses Ergebnis tatsächlich erreicht werden wird, bleibt abzuwarten. Für die Industrie möchte ich es, aus Grund der bisherigen Ergebnisse, wohl für wahrscheinlich halten. Das gegen hängt das Endergebnis in hohem Maße von sehr hohen Witterungsverhältnissen ab, als daß man solchen Schätzungen einen großen Wahrheitswert beizumessen kann. Ebenfalls spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß in einigen Jahren die Wirtschaft Russlands wieder den Vorkriegsstand erreicht haben wird. Ein weiterer Aufstieg, auch über das Niveau der Friedensjahre, ist ausgeschlossen, in Anbetracht der großen natürlichen Mangelquellen und der jähbewegten einheimischen Wirtschaftsführung, zu gewärtigen.

Für den deutschen Export nach Russland ist in diesem Zusammenhang immer wieder festzustellen, daß er in erster Linie sich auf Produktionsmittel und nicht auf Gegenstände des unmittelbaren Verbrauches einzustellen haben wird. Die Exporterzeugung zeigt deutlich das Bestreben, sich der Ängst des Massenkonsums zum Ausland zu emanzipieren. Auf ausländische Produktionsmittel kann sie aber nicht verzichten, wenn sie die Produktivkräfte des Landes entwickeln will.

In der Zeitschrift „Weltwirtschaft“ Nr. 3, März 1926, macht Paul Dehn über den Geschäftserfolg mit Russland anlässlich der voraussetzlichen Annahme des Handelsvertrages die Bemerkung, daß im Verhältnisverkehr mit Russland einige Bedenken am Platz sind. Denn dem Waren- und Handelsaustausch fehle die Gegenseitigkeit. Nur ein kommunikativer Handelsaustausch kann mit Russland ein Handelsvertrags auf Grund wirklicher Gegenseitigkeit vereinbaren, nicht aber ein Stagi mit Individualwirtschaft.

Dehn macht weiter auf den beispiellosen Umfang des russischen Staates aufmerksam, dessen Oberleitung in Moskau liegt. Hier besteht die Hauptfalle für die Handhabung des Außenhandelsmonopols (Rückwärts, Westwärts = Wägen, Holz = Handel). Von hier aus wird der Außenhandel des großen Reiches mit Hilfe zahlreicher Offener und geschlossener Handelsverträge im Zustande der Berlin, Riga, Stockholm, Paris, London, New York usw. überwiegt. In Berlin allein soll die russische Handelsvertretung seitwärtig 1000 Angestellte beschäftigen.

UNSERE JUGEND

Jugend empor!

Jugend empor, zur Sonne, zum Licht
 heil aus dunkler Vergangenheit,
 Leuchtend die Zukunft sich bricht!
 Eurer Sehnsucht Verlangen
 Aus dem Herzen euch cinnat,
 Greift die Freiheit, kein Baugel!
 Denn nur wer wagt, gewinnt!

Jugend sorgt für Nachwuchs.

In unserer Zeit stürmt man von allen Seiten auf die Jugend ein, weil man eben weiß, daß die Zukunft der Jugend gehört und von Männern aus ihren Reihen einfließen erhalten wird. Wie schon an dieser Stelle vielfach gesagt wurde, muß die arbeitende Jugend rechtzeitig befristet sein, die Zusammenhänge in der heutigen Gesellschaft und ihre eigene Klassenlage richtig und klar zu erkennen. Denn nur dann ist sie in der Lage, das Wert der Befreiung aus sozialpolitischen Fesseln, in die man die lohnarbeitenden Massen verstrickt hat, zu vollenden. Hierzu gehört natürlich Konzentration der Kräfte auf die Aufgaben, die zu erfüllen sind. Die gegenwärtigen Verhältnisse sind noch immer mehr oder weniger befruchtet durch die Verpflichtungen und die Folgen des durch Deutschland verlorenen Krieges. Die heutige Jugend erhebt sich zu mancher Freiheit, die den Alten in ihrer Jugend verlagert waren. Vor allem hat sie niemand mehr davon zurück, sich zu organisieren und freitätig zu denken. Sie fühlen den Druck der Unternehmer auch; das ist richtig, aber nicht in dem Maße wie ihn die Alten zu spüren bekommen. Vieles hat allerdings gerade dieser Druck die Männer geschmeibet, die später als zäheste Vor-

kämpfer in der Arbeiterbewegung Großes geleistet haben. Wir verzichten indes auf solche Mittel und hoffen, daß unter unserer Jugend sich auch ohne den genügen finden, welche sich für die Arbeiterklasse einsetzen, weil sie begreifen, daß es gilt, die großen Aufgaben zu Ende zu führen, welche die alten Vorkämpfer in Anstalt genommen haben.

Formell haben wir die Republik als Staatsform und auch eine Verfassung, die dem deutschen Volk nicht zu unterliegende Rechte gewährt. Indes muß gesagt werden, daß diese Tatsache uns nicht dazu verleiten darf, namentlich gleichgültig und untätig zuzusehen, wie sich künftig die Verhältnisse gestalten.

Die wirtschaftlich herrschenden Klassen und die verschiedenen Beamtencategorien haben ein gewisses Interesse daran, die Republik zu stützen und die alten Zustände wiederherzustellen, wie sie im königlich-preussischen Oberstaatsrat gang und gäbe waren.

Noch sind viele Reste aus jener Zeit vorhanden und es gilt, damit aufzuräumen. Es gilt, der Republik und der Verfassung erst die richtige Form und den wesentlichen Inhalt zu geben. Hierzu ist die Jugend in erster Linie berufen. Deshalb muß sie erkennen, um was es geht und sich beizeiten darauf einstellen. Denn früh krümmt sich, was ein Säckchen werden will.

In der neuen Republik bestehen die alten Gegensätze zunächst fort, so sie haben sogar vielfach eine Zuspitzung erfahren. Erinnert euch nur an die neuere Art der Rechtsprechung, an die Schandurteile, die vielfach gefällt wurden. Hier tritt klar zutage, daß wir noch im Klassenstaat leben und daß Richter und Juristen, die aus dem Willen der oberen Klassen stammen, sich daraus nicht freimachen können. Die Schale des richterlichen Formes wird fast immer voll ausgelastet für die Angehörigen der unteren Klassen, über Angehörige der oberen Klassen hält man mit der größten Würde die schützende Hand.

In diesem Klassenstaat gilt es Ordnung hineinzubringen, denn jeder Deutsche soll doch vor dem Gesetze gleich sein und der Richter soll Recht sprechen ohne Ansehen der Person, insbesondere darf keine Klassenzugehörigkeit den Richter nicht beeinflussen.

Es gilt also, alle diese Zustände richtig zu erkennen, denn erst muß man wissen, wo der Krankheitsherd ist, wenn man ihn beseitigen will. Deshalb muß die Jugend alle ihre Intelligenz aufbieten, sich das geistige Rüstzeug, Wissen und Bildung, aneignen. Muß dazu beitragen, die Gleichgültigen und Flauen aufzurichten.

Die neue Zeit will uns erst verwirklichen helfen, was unseren alten Vorkämpfern als Ideal vorlebte. Was ihnen Glauben und Hoffnung war, was ihnen Kraft verliehen hat, allen Verfolgungen und Bestrafungen zu widerstehen und dem Sozialstaat den Weg zu bereiten. Die Republik ist erst eine Tappe; es gilt jetzt, die ökonomische, wirtschaftliche und die gesellschaftliche Gleichberechtigung zu erörtern; das ist eine Riesearbeit, verheißt es auch nicht. Aber ohne Kampf kein Sieg; deshalb alle Kräfte gerührt und mobilgemacht!

Jugend, schafft Nachwuchs!

Was ist das Schwerste? Sich selbst erkennen, denn die Eigentliche verführt leicht den Menschen, sich fremde Vorzüge anzuschreiben. Bias, 570 v. Chr.

Wie kann man sich selbst erkennen? Durch Betrachten niemals, wohl aber durch Handeln!

Veruche deine Pflicht zu tun und du wirst gleich, was an dir ist! Was aber ist deine Pflicht? Die Forderung des Tages. Goethe.

Arbeiten heißt leben, nichts anderes! — Die Arbeit ist nicht unsere Geheilerin, sondern der Atem in unserer Brust, das Blut in unseren Adern, der einzige Daseinszweck, kraft dessen wir lieben, Kinder zeugen und die unsterbliche Menschheit bilden. Emile Zola.

Volkswirtschaft.

Die Außenhandelsbilanz war im Februar 1926 wie in den Vormonaten aktiv. Der Ausfuhrüberschuß beträgt 87 Millionen Mt., im reinen Warenverkehr 121 Millionen Mt. gegen 88 im Januar und 86 Millionen im Dezember. Die reine Warenzufuhr zeigt gegenüber dem Vormonat ein weiteres Zurückgehen um 26 Millionen Mt., was besonders auf Verminderung der Rohstoffeinfuhr zurückzuführen ist. Die Lebensmitteleinfuhr hat nur um 8 Millionen Mt. zugenommen, dafür hat die Einfuhr von Fertigwaren erheblich abgenommen. Bei der Einfuhr hat die Rohstoffmenge eine Zunahme von 7 Millionen Mt. zugeführt, während die Ausfuhr von Weizen und Roggen um 18 Millionen Mt. zurückging. Als Ausfuhrort kam hauptsächlich Steintobak in Betracht und Textilwaren.

Die Großhandelspreise haben bis Mitte März wieder leicht angezogen, etwa 0,3 bis 0,5 Proz. Am einzelnen zeigen die Preise hoch für Getreide und Kartoffeln von 86,9 am 3. März auf 101,2 am 24. März. Getreide, Zucker und Fisch von 133,6 am 3. März auf 134,8 am 24. März. Hüfte und Leder von 105,9 auf 107,5. Agrarergänze von 111,3 auf 114,4. Zinnswaren von 109,8 auf 112,4. Eine Abnahme nur zu verzeichnen bei Kolonialwaren, Kopfen von 180,7 auf 187,2 Textilien von 167,6 auf 163,3. Metalle und Mineralien von 127,0 auf 125,7. Kohle und Eisen von 119,9 auf 119,8. Industriestoffe von 125,5 auf 127,6. Einfuhrwaren von 154,5 auf 152,1. Der Gesamtindex betrug am 3. März 117,3, am 24. März 119.

In der Arbeitsmarktlage ist eine wesentliche Besserung nicht eingetreten. Die Zahl der Vollbeschäftigten hat sich um ganze 2,2 Proz. verbessert von 54,8 Ende Januar auf 56,4 Ende Februar, neuerdings wurde ebenfalls eine kleine Verbesserung gemeldet. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist Mitte März von 2.056.000 auf 2.017.000, was nicht ganz 2 Proz. zurückgegangen. Landwirtschaft und Baugewerbe verlangten Arbeitskräfte.

Milieu als Krankheitsursache.

In einem gemeinverständlichen Vortrage der Münchener Universität führte Prof. Dr. H. a. d. e. l vor einer zahlreichen Zuhörerschaft aus:

Unter „Milieu“ sind nicht die Erbanlagen oder die unendlich wechselnden Einflüsse von außen zu verstehen, sondern die gleichmäßigen Einwirkungen von Klima, Wohnung, Beruf u. a. Der kosmische Einfluß der Gestirne, den die Astrologie selbst zu Schicksalsbestimmungen heranzieht, wird trotz mancher Wahrscheinlichkeit wohl stets schwankend bleiben. Auf wissenschaftlicher Grundlage steht aber die Beeinflussung durch die Jahreszeiten. Das soziale Milieu ist am handgreiflichsten; um 1850 betrug die Säuglingssterblichkeit in Berlin bei den oberen Schichten 5 Proz., bei den Armenempfindern aber 38 Proz. Je günstiger die Wohnräume, desto geringer ist die Sterblichkeit und das Wachstum beim Volke. Bei den Oberstufen zeigt sich ein starker Wuchs und eine größere Form des Kopfes, bei Arbeiterkindern eine Breitenentwicklung als Anpassung gegen Widerstände, das Milieu des Berufes macht z. B. den Einfluss der Zeit haben Spengler u. a. aufmerksam gemacht, die Kulturgeschichte weist oft in einer Epoche gleichzeitige bedeutende Menschen auf.

Das Milieu wird Krankheitsursache durch geographischen Wechsel; hierher gehört die Tropenruhr, die verbunden mit Gebärmertschmerz und lezuellen Verwerfungen. Der gemäßigten Zeiten verändern sich die Krankheitsbilder; so trat die Enzephalitis im 16. Jahrhundert ganz anders auf als heute, die Paralyse, der Scharlach, die Masern haben heute ganz andere Tendenz. Bekannt ist das Milieu der Massenpsychologie, das wir im und nach dem Kriege an uns selbst

erlebten. Jede Zeit und jede soziale Schicht trägt seine Krankheiten. Bei den Armutskrankheiten entsteht durch Mangel an Licht, Luft, Vitaminen die Mitleidkrankheit der Rachitis; bei der Bevölkerung mit Einkommen um 1000 Mark ist die Sterblichkeit dreimal so hoch wie bei der mit großem Einkommen. Durch Milieu werden Verbrechen, Frühreife hervorgerufen; Dicht und Zuckerkrankheiten sind leberlebenskrankheiten.

Bei Kindern und Jugendlichen hat das Milieu eine erhöhte Bedeutung. Der Sozialismus, die Kinderpflegefabriken lassen die persönliche Pflege der Mutter vernachlässigen; hier bleiben die Kinder an Körperkraft und geistigen Fähigkeiten zurück und sind widerstandlos gegen Krankheiten und schlechter bedacht als Kinder aus unteren Volksschichten. Die Familie bringt für Kinder ein Milieu, das im guten und schlechten das ganze Leben durchhält. Durch übergroße Liebe entstehen Neurosen, Appetitlosigkeit und Unfähigkeit dem Leben gegenüber. Eltern tragen an dem Juvoni der Fürsorge, sie sind dem Arzte eine Fundgrube für Mitleidkrankheiten. Ehegesundheitsfehler werden jumeit ihr Leben lang an dem Konstitutionsmilieu, Verdrängungsneurosen und organische Leiden sind die Folge. Die Selbstständigkeit der Arbeiterkinder steht oft im Gegenlag zu der Abhängigkeit der geistlosen Kinder.

An Stelle vieler sozialer Überlegen hat Deutschland eine Tatsache in Zukunft zu beschäftigen; das Wohnungsleben. Es ist die Ursache von Mitleidkrankheiten, Rachitis, Tuberkulose, den Ein- und Zweifelhäufigkeiten mit allen Folgen für unser Volk. Eine neue Bewegung in der Wohnungfrage, die von München ausgeht, wurde von Professor Hedel angedeutet.

30 Jahre Arbeiterschutz in den Bäckereien und Konditoreien.

(Denag.) Am 4. März 1896 wurde vom Bundesrat eine Verordnung erlassen, nach der für die Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien die tägliche Arbeitszeit auf 12 Stunden begrenzt wurde. Für die Verlinge war im ersten Jahr die zehnstündige, im zweiten Jahr die elfstündige und im dritten Jahr die zwölfstündige Arbeitszeit zulässig. Diese Arbeitszeit war auch an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen zugelassen.

Für die Arbeiterschaft in diesem Beruf bedeutete diese Regelung der Arbeitszeit einen großen Erfolg. Es konnte doch die noch schwache gewerkschaftliche Organisation der Gehilfen festhalten, daß die tägliche Arbeitszeit in den allermeisten Betrieben 16 bis 18 Stunden an Werktagen wie Sonntagen betrug. Nur in 2,8 Proz. aller von der Erhebung erfassten Betriebe wurde an Sonntagen nicht gearbeitet.

August Bebel unterzog sich der dankenswerten Aufgabe, das Ergebnis dieser Feststellung in seinem Buche „Der Lage der Arbeiter in den Bäckereien“ auszuwerten. Die überaus lange Arbeitszeit war nur möglich, weil allgemein die Nachtarbeit bestand und die Gehilfen bei Kost und Logis im Hause des Meisters beschäftigt wurden. Solche Verhältnisse zeigten die grauenvollsten Zustände bei den Verpflichtungs- und Wohnungsverhältnissen und es konnte festgestellt werden, daß die schmutzigen Bäder den Gehilfen und Lehrlingen als Schlafzimmer zugewiesen wurden. Die anstehenden Krankheiten wütheten furchtbar unter dieser dahingevegetierenden Arbeiterklasse. Bebel kam zu folgendem Ergebnis: Schon allein dieser Umstand sollte die Behörden zwingen, sich mit größter Energie der Unterbindung von Arbeitsweisen zu widmen, die mit dem Wohle der

Allgemeinheit aufs engste verknüpft sind. Auf die Frage, an welchen Krankheiten in der Hauptstadt die Gehilfen leiden, wurde bemerkt: Slets in erster Linie an Lungenerkrankheiten oder auch an Brustkrankheiten, zwei Bezeichnungen, die im Volksmunde für Schwindsuchtstfrank allgemein üblich sind. Nach unserer Ueberzeugung läßt sich eine Organisation im Bäckereigewerbe schaffen, wonach sowohl die eigentliche Nachtarbeit wie die Sonntagsarbeit sich als unnötig erweisen.

Diese furchtbare Anlage, die sich im Reichstag noch fortsetzte, zwang die Regierung zum Eingreifen und zum Erlass der Bundesratsverordnung. Die Unternehmer spielen Gift und Galle über die einschränkenden Bestimmungen in ihrer Ausbeutungsfreiheit. Doch die Gewerkschaft schloß die Verhandlung und erreichte im jähren Kampfe die Anerkennung und Durchföhrung. Und durch ihr Eingreifen mußten sich auch die Aufsichtsbehörden bequemen, ihre Kontrolltätigkeit in den Bäckereien und Konditoreien schärfer zu handhaben.

Seit dieser ersten Arbeiterschutzverordnung hat sich viel im Bäder- und Konditoreigewerbe geändert. Die Technik hat auch in diesem handwerksmäßigen Beruf Einzug gehalten. Die Beschränkung der Arbeitszeit wurde später erweitert auf die zehnstündige Sonntagsarbeit und den Erlass von Vorschriften über die innere Einrichtung der Betriebe. Es wurden die berüchtigten Kellerbäckereien verboten und sonstige Bestimmungen hinsichtlich der sanitären Zustände in den Betrieben erlassen. Während des Krieges 1915 erfolgte das Verbot der Nachtarbeit und im Jahre 1918 wurde in der noch bestehenden Verordnung vom Rate der Volksbeauftragten die achtföhrige tägliche Arbeitszeit und das Verbot der Sonntagsarbeit festgelegt.

Die gewerkschaftliche Organisation der Bäder- und Konditorgehilfen leistete innerhalb der 30 Jahre eine schier unermessliche Arbeit für die Anerkennung und Durchföhrung der Arbeiterschutzbestimmungen. Immer wieder verjuchten die Unternehmer in ihrer Organisation die Aushebung der Verordnung zu erreichen. Sie protestierten auf ihren Verbandstagen nach bis zum Kriegsausbruch, in der Hoffnung, daß noch Gehör bei der Regierung zu finden. Das Mißlingen dieser Bestrebungen haben die Gehilfen der großen Unterstützung der Gewerkschafts- und Parteigenossen zu verdanken. Sie wissen auch, daß sie nur als Glied der großen Arbeiterbewegung sich ihre sozialpolitischen Errungenschaften sichern können und bleiben in dieser Erkenntnis der großen Sache treu.

Preisabbau und Reichswirtschaftsrat.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich kürzlich mit dem Entwurf des Preisabbaugesetzes. Die Erörterung über Artikel II des Gesetzes, der eine Befämpfung des Verbindungsumfanges vorzöht, wurde mit der Annahme eines von einem Sonderausschuß vorgelegten Gutachtens beendet. Dieses Sondergutachten, das nur von einer schwachen Mehrheit angenommen wurde, vertritt die Ansicht, daß die auf dem Gebiet des Submissionswesens und der Ringbildung zutage tretenden Mißstände durch einen Ausbau der Kartellverordnung, die diese Mißstände mit in Rechnung zieht, bekämpft werden können und bekämpft werden sollen. Dagegen erklärte sich die Mehrheit mit der Grundtendenz des Artikels II einverstanden.

Artikel III, der die Ausdehnung der Kartellverordnung besonders auf die Kohlen- und Rahnwirtschaft vorzöht, wurde einstimmig mit einem Gutachten des Sonderausschusses verabschiedet. In dem vorgeschlagenen wird, beim § 19 der Kartellverordnung folgende Fassung zu geben:

